

Leben kann in einem Staate, wie der Preussische ist, der Fall, daß die Krone einen von beiden Kammern zum drittenmal angenommenen Gesetzworschlag dennoch zurückweisen sollte, nicht wohl erwartet werden. Preußen wird nicht wie Norwegen von einem Schweden, nicht wie Limburg von einem främischen Holländer, nicht wie Schleswig-Holstein vom Dänischen Todfeinde beherrscht. Preußen ist ein ganz deutsches Land, und seine Hohenzollern sind durch und durch Deutsche. Preußens König ist ein Preuße, ein Preuße unter den Preußen, nur der Fürderste unter ihnen, er ist ihr Fürst, und lebt und weht in ihnen. Dazu kommt, daß, wenn dieser König das unbedingte veto bei Gesetzworschlägen aller Art hat, die beiden Kammern dasselbe bei seinen Gesetzworschlägen haben; und was noch erheblicher ist: keine Regierung kann ohne Geldmittel, Steuern, bestehen, jede Kammer hat aber alljährlich das Recht, oder muß es haben, den Geldbeutel der Nation zuzuhalten, und dem unliebsamen Ministerium, welches die Annahme eines zweckmäßigen Gesetzes aus ungeeigneten Gründen widerrathen hätte, die geforderten Steuern, das Budget, zu verweigern. Die Wirksamkeit dieses den Kammern zuständigen Rechts ist so mächtig, daß in England, dem alt konstitutionellen Lande, seit der Revolution, also seit 160 Jahren, ein Fall der Anwendung des in Rede stehenden veto's noch niemals, und überhaupt der Fall, daß auch nur zum erstenmal ein von beiden Häusern angenommener Gesetzworschlag von der Krone zurückgewiesen worden wäre, etwa nur zweimal vorgekommen ist.

In Belgien ist auch selbst dies, seit dem Bestehen seiner Verfassung noch nicht vorgekommen.

Hauptsächlich beruht dies darauf, daß eine tüchtige konstitutionelle Regierung möglichst das Vorschlagsrecht in die Hand nimmt, und dafür sorgt, daß die in der Zeit nothwendig gewordenen Gesetzworschläge, von ihr gehörig vorbereitet, den Kammern vorgelegt werden.

Fortsetzung folgt.

Deutschland.

A Berlin, 12. Februar. Als Abgeordnete für die erste Kammer sind heute Vormittag hier gewählt:

Im ersten Wahlbezirk:

- 1) General-Steuerdirektor Kühne mit 69 von 76 Stimmen.
- 2) Fabrikant Dannenberg mit 65 Stimmen.
- 3) Oberst v. Griesheim mit 65 Stimmen.

Im zweiten Wahlbezirk:

- 1) Staatsminister Camphausen mit 48 von 52 Stimmen.
- 2) Oberst v. Griesheim mit 34 Stimmen.

C Berlin, den 10. Februar. Noch immer sind nicht alle Wahlergebnisse für die 2te Kammer bekannt. Es fehlen noch Nachrichten aus den entlegenen Theilen Ostpreußens, aus mehreren posener Wahlkreisen und aus einigen Kreisen der Rheinprovinz. Wie sich aus den eingegangenen Mittheilungen ergibt, ist das Verhältniß nach den einzelnen Landestheilen folgendes: 1) ganz überwiegend conservativ haben gewählt Brandenburg, Pommern und Westpreußen; 2) zu gleichen Theilen conservativ und radikal Schlesien, Posen, Ostpreußen und Westphalen; 3) mehr radikal Sachsen und Rheinland. Was das Zahlenverhältniß näher betrifft, so ergab eine gestrige ungefähre Zusammenstellung auf 160 Conservative Abgeordnete deren 110 Radikale. Die noch zu erwartende Berichte dürften dies Verhältniß dahin ändern, daß die conservative Partei noch 35, die radikalen noch 45 neue Mitglieder zuzählen hätte, so daß die Gesamtsumme sich auf 195 Conservative gegen 155 mehr oder weniger Radikale stellen würde. In dem Comité für volksthümliche Wahlen ist großer Zwist ausgebrochen, indem die Mitglieder es sich gegenseitig Schuld geben, daß Niemand von ihnen gewählt worden. Herr Martins hat erklärt, er wolle mit der ganzen Sache nichts mehr zu thun haben. Herr Dr. Spikermann hatte von Herrn Rodbertus das Versprechen in Pommern gewählt zu werden; geht nun aber auch leer aus, da es Herrn Rodbertus nicht gelingen wollte, so wenig für sich selbst als für einen Andern Vertrauen bei den pommerschen Wählern zu erwecken.

Seit gestern ist Herr Bunsen aus Frankfurt wieder hier eingetroffen. Derselbe wird sich demnächst auf seinen Posten nach London zurück begeben, um auf Grundlage der ihm hier und in Frankfurt gewordenen Instructionen an den Verhandlungen über den Frieden mit Dänemark Theil zu nehmen.

Sr. Majestät der König hielt am Donnerstag in Begleitung Seines hohen Gastes, des regierenden Kurfürsten von Hessen Kassel ein großes Treibjagen im Wildpark bei Charlottenburg.

Der bekannte durch Steckbrief verfolgte Dr. Eichler, der sich nach Paris geflüchtet, soll dort verhaftet worden sein, weil er sich gleichfalls an aufrührerischen Komplotten betheiligt hat.

Gestern Mittag wurden die beiden neu erbauten Gebäude für die Kammern gerichtet. Die bedeutenden Bauwerke sind in kaum 5 Wochen hergestellt worden.

Man versucht von Neuem das Gerücht zu verbreiten, daß Graf Brandenburg zurücktreten will.

Berlin, 10. Februar. In Berlin sind 3 Ersatzwahlen für die 2te Kammer vorzunehmen, da Herr Lemme die Absicht ausgesprochen, eine etwa auf ihn fallende Wahl in Münster annehmen zu wollen. Als Candidaten bei den Ersatzwahlen bewerben sich die Herren Schulz, Wanzleben, Zimmermann aus Spandau, Jung und Dr. Junz.

Die Sitzungslöfale der beiden Kammern werden so eingerichtet, daß nöthigenfalls in derselben eine Besatzung untergebracht werden kann. Die Ueberfälle des souveränen Volks und die Umlagerungen der Gebäude mit Stricken und Mordinstrumenten sollen in Zukunft nicht wieder geduldet werden.

In nächster Zeit steht die Reorganisation der hiesigen Bürgerwehr bevor. Unter dem betriebsamen Bürgerstande herrscht die entschiedenste Abneigung gegen dies so vielfach prostituirte Institut. Eine große Anzahl von Bürgern wird den Wiedereintritt verweigern und will sich lieber Zwangs- und Strafmaafregeln aussetzen, als ferner Mitglieder der Bürgergarde zu sein. Dagegen drängen sich die Demokraten zum Wiedereintritt und schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß die Bürgerwehr auch fortan wieder die beste Stütze der Anarchie und der Emeute sein werde.

Unter dem hiesigen Militär herrscht seit mehreren Tagen eine ungewohnte Bewegung. Auf mehreren öffentlichen Plätzen werden täglich Besichtigungen und Uebungen abgehalten, in der Hasenheide finden täglich zahlreiche Schießübungen Statt. Die meisten hier garnisontrenden Bataillone haben jetzt Zündnadelgewehre erhalten und werden besonders in Privathäuser einquartirt werden. Bereits sind das 12. und 24. Regiment schon zum größten Theil in leerstehenden Privatwohnungen untergebracht. Auch Artillerie wird dem Vernehmen nach hier noch einrücken und in der Umgebung des Wilhelmplatzes stationirt werden.

Der Abgeordnete Rodbertus hat einer Deputation, welche ihm die Anzeige von seiner Wahl machte, mitgetheilt: er werde jetzt auf Seiten der entschiedenen Opposition stehen. Daran konnte nach der Theilnahme des Herrn R. am Steuerverweigerungs-Beschlusse nicht der mindeste Zweifel mehr sein.

Mann erzählt sich, daß der General v. Wrangel, als ihm Vorstellungen darüber gemacht wurden, daß seine Beschränkungsmaafregeln nachtheilig auf die Wahlen wirken würden, geäußert habe: „es ist mich ganz egal, was daraus kommt; fallen die Wahlen gut für die Regierung aus, so ist das schön; fallen sie schlecht aus, so ist es noch besser. Ich thue, was mir befohlen wird, verstehen Sie mir?“

Gestern verbreitete sich das Gerücht, Kossuth befinde sich auf seiner Flucht hier in Berlin. Bis jetzt hat sich das Gerücht noch nicht bestätigt.

Hier in Berlin haben sich 62 Candidaten zur ersten Kammer gemeldet. Gegen 30 derselben haben bereits vor den Wählern gesprochen. Viele sind inzwischen schon wieder zurückgetreten. Am meisten Aussicht, gewählt zu werden haben bis jetzt Oberst Lieutenant v. Griesheim, Minister v. Strotha und Minister Camphausen. P. C.

*** Frankfurt, 10. Februar.** Der Reichsverweser befindet sich seit einiger Zeit unwohl. Seine Krankheit ist ein heftiger Lungenkatarrh, welcher leicht gefährlich werden kann. Das letzte veröffentlichte ärztliche Bulletin von heute lautet: Se. Kaiserl. Hoh. der Erzherzog Reichsverweser hat vor Mitternacht ruhig schlafen können, nach Mitternacht aber und gegen Morgen stellte sich heftiger Husten ein. Fieber ist nur in geringem Grade gegen Abend vorhanden. Der Kräftezustand ist beruhigend. — Dr. Laubes, Kaiserl. Rath.

*** Frankfurt, 9 Februar.** In der 167. Sitzung der Nationalversammlung wurde der § 30. der Grundrechte in nachstehender Fassung angenommen: „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindesteuern) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört.“ Ein Antrag des Herrn Pfeifers: zwischen die Schlußwörter Güter und aufhören auch: die Steuerfreiheit der Geistlichen,“ zu setzen, wird verworfen.

Breslau, 7. Februar. Im Verein für geistliche Ordnung beschloß die Versammlung, im Namen des Vereins gegen die Aeußerung des Dr. Stein, daß die Demokratenwahl die politische Ehre Breslaus gerettet habe, öffentlich Protest zu erlassen. Hr. Stadtrath Scharrf ermahnte die Versammlung, fest zusammenzuhalten, und der Anarchie, die bald wieder eintreten könnte, muthig die Spitze zu bieten. Hr. v. Lipinski fügte hinzu, daß man sich der Anarchie gegenüber nun wohl nicht mit passivem Widerstande begnügen, sondern activen leisten werde.

*** Hannover, 7. Februar.** Den Ständen des Königreichs ist eine Urkunde übergeben worden, in welcher der Kronprinz seine Zustimmung zu der Verfassungsurkunde vom 5. September v. J. zu erkennen gibt. Das Dokument lautet: